

Strefemann, Briand und Zaleski.

9. März 1927

Heute nachmittag findet die angekündigte erste Zusammenkunft zwischen Reichsaußenminister Dr. Strefemann und dem polnischen Außenminister Zaleski statt. In diesen und weiteren Unterredungen wird der gesamte Komplex der deutsch-polnischen Beziehungen insbesondere die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen sowie die Frage des Niederlassungsrechtes eingehend erörtert werden.

Die gleichfalls im Laufe des Nachmittags stattfindende neue Unterredung Dr. Strefemanns mit Briand wird in erster Linie wieder der Lösung der Saarfrage gelten, die noch immer ernste Schwierigkeiten bereitet. Deutscherseits kann nach wie vor eine Regelung der Saarfrage ohne eine grundsätzliche Umwidmung der gegenwärtigen Saar-Regierung nicht als befriedigend angesehen werden. — Weiter wird in Kreisen der deutschen Delegation heute erklärt, daß in den bisherigen Verhandlungen des Außenministers die Frage der Kolonialmandate nicht behandelt worden ist.

Kompromißverhandlungen — Die Rheinlandfrage soll im Juni gelöst werden.

Nachdem ein Kompromiß in der Frage der Zurückziehung der französischen Truppen aus dem Saargebiet und der Einleitung eines Bahnschulden sich in den Beratungen der Mitglieder der einzelnen Delegationen anzubahnen scheint, will man nunmehr auch zu einem solchen über die oberirdischen Minderheitschulen kommen. Ein Unterausschuß des Völkerbundes wird einen Bericht über die Minderheitschulen ausarbeiten, dem als Grundlage der bekannten Schiedsrichterspruch des Präsidenten Calonder dienen soll. Die deutsche Delegation hat schon am Montag zu verstehen gegeben, daß die Reichsregierung entschlossen ist, den internationalen Gerichtshof anzurufen, wenn der Völkerbund etwa der polnischen Forderung zur Annahme verheißt und damit das berechtigete Verlangen der deutschen Minderheit in Volinisch-Oberschlesien über die Schulfrage ablehnen sollte. Die jetzige Haltung Dr. Strefemanns in dieser Angelegenheit hat denn auch die übrigen Ratsmitglieder bewogen, von einem übereilten Beschluß abzuweichen ein Unterausschuß einzusetzen, das sich mit dieser Materie beschäftigen und einen Bericht ausarbeiten soll. Diefem Unterausschuß, das aus drei Personen besteht gehören an der italienische Delegationsführer Scialoja und merkwürdigerweise auch ein Kolumbier, der wohl über herzlich wenige Kenntnisse in oberirdischen Angelegen-

Neuer Kammerfieg Poincarés.

9. März 1927

In der gestrigen Kammerführung stellte Poincaré noch einmal fest, daß es die Regierung für ungünstig halte, den Beschlüssen Auriols in der Frage der provisorischen Schuldenregelungen im gegenwärtigen Augenblick zu diskutieren. Er werde die Vertrauensfrage stellen und die Stimmhaltungen dabei als Gegenstimmen rechnen. In den letzten Verhandlungen mit London und Washington sei nichts unternommen worden, was als Eingriff in die Rechte des Parlamentes gewertet werden könnte. Der Abschluß provisorischer Abkommen sei nur erfolgt, um dem Parlament Zeit zum Studium des Schuldenproblems zu lassen. Es gäbe nur zwei Möglichkeiten, entweder glatte Ablehnung oder Verschiebung der Ratifizierung. Die Regierung übernehme für die letztere Möglichkeit die volle Verantwortung. Poincaré schloß mit dem Hinweis, daß die provisorischen Abmachungen Frankreich Gelegenheit gäben, die Frage der Ratifizierung der Schuldenabkommen unter besseren Bedingungen zu lösen. Die Regierung rechne auf das unbedingte Vertrauen der Kammer. Vincent Auriol stellte fest, daß er auf der Diskussion seines Antrages bestehe.

Darauf stellte Poincaré die Vertrauensfrage. Das Haus stimmte mit 350 gegen 180 Stimmen für die Vertagung des sozialistischen Antrages und sprach damit Poincaré das Vertrauen aus. Gegen die Regierung stimmten die Kommunisten, die Sozialisten, die Minderheit der Radikalsozialisten und einige Parteilofer.

Frankreichs Schuldenabstufungszahlungen vor der Kammer.

Im Laufe der gestrigen Kammerführung werden die Parteien Gelegenheit haben, endgültig zu dem Antrag des Sozialisten Vincent Auriol Stellung zu nehmen, der die Leistung von Schuldenabstufungszahlungen an England und Amerika von der vorherigen Zustimmung der Kammer abhängig machen will. Auriol beschränkte mit seinem Antrage nichts anderes als die Diskussion über das Ratifizierungsproblem der Schuldenabkommen aufzurollen, über das bisher selbst im Schoße der Regierung keine Einigkeit erzielt werden konnte. Poincaré hat sich daher gegen den Vorschlag Auriols ausgesprochen und erklärt, daß er die Vertrauensfrage stellen werde. Da mit Ausnahme der Sozialisten, Kommunisten und einer kleinen Gruppe von Radikalen sich bereits alle Parteien für die Regierung ausgesprochen haben, erwartet man, daß Poincaré auch diesmal mit überwiegender Mehrheit seinen Willen durchsetzen wird.

Italiens Anerkennung des Bessarabien-Abkommens

9. März 1927

Die Ratifizierung des Bessarabien-Abkommens durch Italien der Sowjetregierung notifiziert.

Wie die Morgenblätter aus Rom melden, hat Mussolini Dienstag vormittag dem neuen russischen Botschafter in Rom R a m e n e w eine Note übergeben,

in der die Ratifizierung des Bessarabien-Abkommens der Moskauer Regierung bekanntgegeben wird.

Die rumänische Presse zur Ratifizierung des Bessarabien-Abkommens.

Die Ratifizierung des Bessarabien-Abkommens durch Italien wird von der Bukarester Presse nur spärlich und ohne Begeisterung kommentiert. Der Adbertel weist darauf hin, daß das Bessarabien-Protokoll jetzt, nachdem es außer durch England und Frankreich auch durch Italien ratifiziert worden sei, in Kraft trete. Italien habe diesen Augenblick gewählt, weil Sowjetrußland zur Zeit isoliert dastehe. Das Blatt erwartet die Ratifizierung des Protokolls durch Japan in kurzer Zeit. Die Lupta meint, Italien habe bloß seine Pflicht getan. Es wäre besser gewesen, wenn die Ratifizierung des Abkommens schon früher erfolgt wäre. Jetzt könne sie nur als Ergebnis der italienisch-englischen Zusammenarbeit in China und der Isolierung Sowjetrußlands gewertet werden. Das offizielle Organ, der Vittorol, meldet noch, daß vor vier Tagen zwischen England, Italien und dem rumänischen König ein Depeschenwechsel stattgefunden habe. Das rumänische Parlament wird morgen zu einer Festsetzung zusammen treten. Von Seiten der Regierung und der Parteien werden Erklärungen abgegeben werden.

Moskau ist verstimmt.

Den Morgenblättern zufolge verlautet in Moskau zur Ratifizierung des Bessarabien-Abkommens durch Italien daß die Sowjetregierung auf diesen Schritt mit einer Note an die italienische Regierung antworten werde. Die Sowjetregierung sehe in der Ratifizierung trotz der Versicherung Scialojas eine unfreundliche Haltung Italiens.

Befriedigung in England

Zu der Ratifizierung des Bessarabien-Abkommens durch Italien schreibt der diplomatische Korrespondent des Daily Telegraph, daß diesem Schritt Mussolini große Bedeutung zukomme, da der Vertrag ohne die italienische Ratifikation bisher unwirksam gewesen sei. Jetzt sei es für Rumänien möglich, beim Völkerbund entsprechende Schritte zu unternehmen und Rußland als den Anreifer erklären zu lassen, wenn die Rote Armee jemals die bessarabische Grenze überschreiten sollte. Die Haltung Mussolinis in dieser Frage sei besonders bemerkenswert im Hinblick auf die Beziehungen der zivilisierten Welt zu Moskau. Die Sowjetregierung werde sehr wenig erbaut von diesem Schritt sein, da er zeige, daß Rom nicht länger an den alten Willen der Sowjets anlaube sondern zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß die westlichen Mächte sich gegen die phantastischen Bestrebungen Moskaus zusammenschließen müßten.

Ein sowjetrussischer Kurier in Wilna verhaftet.

Wilna, 9. März. Auf dem Bahnhof von Wilna wurde heute ein sowjetrussischer diplomatischer Kurier verhaftet, der sich auf der Durchreise nach Warschau befand. Bei der Durchsuhung seines Gepäcks fand man

30 000 Flugblätter in russischer, weißrussischer und polnischer Sprache, herausgegeben von der dritten Internationalen und der Gesellschaft zum Schutze der politischen Gefangenen. Der Kurier ist einseitig auf freien Fuß gesetzt worden. Die Flugblätter wurden beschlagnahmt.

Was das Saargebiet von Genf erwartet.

H. E. Saarbrücken, Anfang März 1927.

Die Bevölkerung des Saargebietes sieht mit besonderem Interesse den weiteren Verhandlungen des Völkerbundes entgegen; steht doch in Genf zur Beratung die Frage des Nachfolgers des zurückgetretenen Vorsitzenden der Saarkommission, des Kanadiers Stephens, und weiter das Problem des Eisenbahnschulden. Auf Grund der letzten Besprechungen der Vertreter der Industrie, der Gewerkschaften und anderer politischer Persönlichkeiten mit der Berliner Regierung, hat man nun Gewißheit darüber erhalten, daß die deutsche Delegation für die Völkerbundstaation mit allem Nachdruck die Interessen der Saarbevölkerung in Genf vertreten wird.

In Uebereinstimmung mit dem Geiß von Locarno und Thoira haben die Delegierten des Saargebietes in Berlin mit allem Nachdruck darauf hingewiesen, daß nunmehr an Stelle des zurückgetretenen Kanadiers Stephens ein Saarländer zum Vorsitzenden der Saarkommission ernannt werden müsse. Nach Lage der Dinge wird sich dieser Wunsch jedoch nicht erfüllen lassen und man würde es daher begrüßen, wenn der neue Präsident ein neutraler ist. Der bisherige Präsident Stephens hat unzweifelhaft eine lediglich den französischen Interessen entsprechende Politik während seiner Amtszeit verfolgt. Mit großer Anruhe verfolgt man jetzt die Bestrebungen Frankreichs, Stephens durch das tschechische Mitglied der Saarkommission, Bezostny ersetzt zu wissen. Der französische Kandidat gehört der Saarkommission seit September 1924 an. Angesichts der widerstreitenden Meldungen zwischen Frankreich und England hält man es nun nicht für ausgeschlossen, daß der britische Außenminister Chamberlain bei seinen Besprechungen mit Dr. Strefemann in Genf den Vorschlag machen wird, sich mit der Wiederernennung von Stephens zum Vorsitzenden der Saarkommission einverstanden zu erklären. Es sind hier hinter den Kulissen bereits Bestrebungen im Gange, den Kanadier zu bewegen, das Präsidentenamt wieder zu übernehmen.

In Genf wird man gleichzeitig die aus fünf Personen bestehende Regierungskommission des Saargebietes neu wählen müssen. Das Mandatsjahr der Mitglieder der Regierungskommission läuft nämlich jeweils vom 1. April bis zum 31. März des darauffolgenden Jahres. In der Kommission ist Deutschland durch Herrn Cohnmann seit dem Jahre 1924 vertreten, dessen Ernennung zum Vorsitzenden der Saarkommission deutscherseits befürwortet wird. Dieser Vorschlag wird jedoch in Genf der Ablehnung verfallen. Da auch das belgische und das tschechische Mitglied der Kommission sich neuerdings der französischen Richtung angeschlossen haben, wird man mit der Ueberwacht dieser Herren rechnen müssen. Wie im übrigen die Stellung des Präsidenten der Saarkommission selbst erschwert wird, geht schon daraus hervor, daß innerhalb der Kommission auf Anregung des französischen Mitgliedes Maurice ein engerer Ausschuß gebildet worden ist, dem er, sowie das belgische und das tschechische Mitglied angehören. Dieser Ausschuß nimmt zu allen wichtigen Vorgängen Stellung und versucht so, und zwar mit Erfolg, die Entscheidung des Präsidenten zu beeinflussen.

Wie die Ansichten innerhalb der Saarkommission auseinandergehen, geht am besten daraus hervor, daß man nicht weniger als drei verschiedene Vorschläge über den künftigen Schut der Saarbahnen ausgearbeitet hat. Nach langwierigen Verhandlungen innerhalb der Kommission ist man dann übereingekommen, dem Völkerbundssekretariat einen Bericht zu übermitteln, der sich für die statutenwidrige Aufrechterhaltung einer französischen Garnison in Stärke eines Infanterieregiments, eines Jägerbataillons, und eines Dragonerregiments einsetzt. Die Tatsache, daß der Kanadier Stephens erklärt hat, die Anwesenheit der französischen Truppen im Saargebiet widerspreche dem Versailler Vertrag und im Notfall sollten Truppen der Rheinlandarmee herangezogen werden, ist immerhin ein erfreuliches Symptom.

Wenn die Genfer Verhandlungen auch mit dem Beschluß der Zurückziehung der französischen Soldaten enden werden, so muß doch schärfster Widerpruch gegenüber den Bestrebungen erhoben werden, die 2000 französischen Soldaten durch 900 Personen als Eisenbahnschutz und zwei Bataillone in Forbach und Saargemünd zu ersetzen. Diese 900 „Gendarme“ sollen abermals alle Franzosen sein. Der Bericht der Saar-Regierung an den Völkerbund sieht weiter einen vermehrten Einfluß der militärischen und der zivilen Rheinlandbehörden über die Saar-Regierung hinaus vor. Diese Bestrebungen stehen, was immer wieder ausdrücklich betont werden muß, im Widerspruch zu den vertraglichen Abmachungen. Hinsichtlich des eritrechten Bahnschulden muß auf den Artikel 30 des Saarkontrats hingewiesen werden, in dem von der Einsetzung eines Bahnschulden nach Zurückziehung des Militärs keine Rede ist, sondern es heißt dort nur, für den Schutz des Eigentums müsse dann gesorgt werden.

Wenn den Vertretern des Saargebietes vor einigen Tagen von den Berliner Regierungstellen keine allzu große Hoffnung bezüglich der Forderungen des Saargebietes gemacht worden ist, so hat man doch hier die Gewißheit, daß die deutsche Delegation in Genf die berechtigten Wünsche der Saarbevölkerung mit allem Nachdruck vertreten wird.

